



Der Regierungspräsident Willi Haag begrüßte Bundesrätin Doris Leuthard, die eigens mit dem Helikopter nach St.Gallen kam.



Nase vorn in Geothermie

BUNDESRÄTIN Doris Leuthard zu Gast an der Geothermie-Tagung in St.Gallen

Dass St.Gallen die Nase in Sachen Geothermie in der gesamten Schweiz vorne hat, zeigte die Geothermie-tagung, zu der eigens die Bundesrätin Doris Leuthard nach St.Gallen kam.

Bernard Marks

Staatsmännisch gewandt begrüßte der St.Galler Regierungspräsident Willi Haag über hundert interessierte Besucher anlässlich der zweiten Geothermie-Tagung im St.Galler Pfalz Keller. Das bereits in Planung befindliche Geothermie-Kraftwerk St.Gallen habe eine Signalwirkung auf die gesamte Schweiz. «St.Gallen hat dabei die Nase vorn in Sachen Geothermie», lobte Martin Pfisterer von der sol-E Suisse AG. Denn nicht nur in der Ostschweiz wird Geothermie zu einem immer wichtigeren Thema.

Die eigens für diesen Anlass eingeflogene Bundesrätin und Energieministerin Doris Leuthard erläuterte in ihrem Referat die energiepolitische Zukunft der Schweiz, hob die Bedeutung der erneuerbaren Energie und insbesondere der Geothermie hervor. Das unterstrich der ETH-Professor Dr. Jürg Dual, der das Potenzial der Geothermie darlegte. Mehr als ein Viertel des aktuellen Stromverbrauches können schweizweit aus Geothermie gefördert werden und das zudem zu einem günstigen Preis.

Kanton mit Stadt

Das St.Galler Geothermieprojekt ist ein gemeinsames Projekt der Stadt St.Gallen und des Kantons St.Gallen. Stadtrat Fredy Brunner erläuterte, wie die Energieversorgung in der Stadt St.Gallen in Zukunft umgebaut werden soll. In diesem Zusammenhang zeigte er sowohl Chancen, als auch Grenzen

der Geothermie auf. Er forderte allerdings auf, nicht nur über erneuerbare Energie zu reden, sondern konkret Projekte zu realisieren. «Erneuerbare Energien bringen mehr lokale Wertschöpfung und reduzieren die Abhängigkeit», stellte Stadtrat Fredy Brunner fest.

Schrittweise aus Atomkraft aussteigen

Bundesrätin Doris Leuthard zeigte sich überzeugt, dass die neue Definition einer Strompolitik mit einem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie viele Chancen berge. Mit diesem Entscheid wollen Bundesrat und Nationalrat neue Inputs, eine neue Dynamik anstossen bei der Wirtschaft, der Bevölkerung und bei potenziellen Investoren. «Dieser energiepolitische Umbau ist möglich, wenn wir alle wollen, wenn wir das sorgfältig organisieren und wenn wir 25 bis 30 Jahre Zeit haben.»